



## **Brandenburgs Chancen durch die Digitalisierung nutzen**

Bitkom-Handlungsempfehlungen zur neuen  
Legislaturperiode in Brandenburg

[www.bitkom.org](http://www.bitkom.org)

**bitkom**



### Herausgeber

Bitkom e. V.  
Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.  
Albrechtstraße 10 | 10117 Berlin

### Ansprechpartner

Lena Flohre | Referentin Landespolitik  
T 030 27576-123 | l.flohre@bitkom.org

### Titelbild

© Christian – stock.adobe.com

### Copyright

Bitkom 2019

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom.

# Executive Summary

- 1. Digitale Transformation der Wirtschaft:** Die Digitalisierung verändert die Strukturen und Prozesse in der Brandenburger Wirtschaft. Unternehmen müssen durch entsprechende Rahmensetzung der brandenburgischen Politik bei ihrer digitalen Transformation unterstützt werden. Nur dann kann der Wirtschaftsstandort Brandenburg langfristig von der Digitalisierung profitieren.
- 2. Gründungsstandort Brandenburg:** Um international mithalten zu können, müssen die Rahmenbedingungen für die Gründung eines Unternehmens und dessen späteres Wachstum in Brandenburg weiter optimiert werden. Hierzu sollten bürokratische Hürden gesenkt und Förderprogramme für Gründer gestärkt werden.
- 3. Gigabitgesellschaft vorantreiben:** Für Brandenburg bestehen als Flächenland durch neue Anwendungen wie Telemedizin oder intelligente Mobilitätskonzepte große Chancen. Hierfür und für fast alle anderen Wirtschaftszweige müssen perspektivisch in Deutschland sichere Telekommunikationsinfrastrukturen zur Verfügung stehen, die bedarfsgerecht Datenübertragungsraten im Gigabitbereich und eine Echtzeit-Reaktionsfähigkeit ermöglichen. Das Land Brandenburg muss den Ausbau dafür an denjenigen Stellen unterstützen, an denen ein wirtschaftlicher Ausbau perspektivisch nicht möglich ist.
- 4. Digitale Bildung stärken:** Nach jahrelangem Ringen ist mit der Umsetzung des Digitalpakt Schule nun ein wichtiger erster Schritt getan, um Schülerinnen und Schüler mit dem notwendigen digitalen Rüstzeug auszustatten. Das Engagement muss hier aber weitergehen und sich über alle Schulformen hinaus erstrecken. Brandenburg sollte sich daher für eine Verstärkung der Digitalpaktmittel durch den Bund einsetzen.
- 5. Arbeitswelt der Zukunft gestalten:** Von Arbeitszeitsouveränität über ortsflexibles Arbeiten bis zu Fachkräften – Brandenburg sollte sich auf Bundesebene für ein zukunftsweisendes Arbeitsrecht einsetzen. Außerdem sollte das Land Maßnahmen ergreifen um dem Fachkräftemangel zu begegnen.
- 6. Potentiale der Digitalisierung vor Ort nutzen:** Um die Chancen der digitalen Transformation im gesamten öffentlichen Sektor und in den zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge wahrzunehmen, benötigen die brandenburgischen Kommunen den regulatorischen und finanziellen Freiraum sowie weitere Unterstützung durch das Land.
- 7. Verwaltung digitalisieren:** E-Government bedeutet nicht nur, Schriftformerfordernisse abzubauen, sondern auch die dahinterstehenden Prozesse zu digitalisieren. Dies beginnt mit dem Once-Only-Prinzip und bedeutet in der Folge, innerhalb der Verwaltung aktiv einen Kulturwandel zu forcieren.

# Digitale Chancen für Brandenburgs Wirtschaft, Gesellschaft und Politik

Die Digitalisierung bietet den Menschen und Unternehmen in Brandenburg zahlreiche Chancen. Insbesondere in einem Flächenstaat mit vielen ländlichen Gebieten wird die Digitalisierung zum wichtigen Faktor, um gleichwertige Lebensbedingungen sicherzustellen. Durch die Potenziale von digitaler Medizin, Mobilität und E-Government können Distanzen überwunden werden. Auch in anderen Bereichen können digitale Innovationen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat für enorme Wohlstandsgewinne sorgen. Damit sowohl Bürger als auch die brandenburgische Wirtschaft die Digitalisierung für sich nutzen können, sind sie auf die Unterstützung der Politik angewiesen. Dabei darf die zukünftige Landesregierung sich nicht nur auf die Digitale Avantgarde konzentrieren. Sie muss allen Menschen in Brandenburg – unabhängig von Bildungsgrad, Wohnort und sozialem Status – die Chancen der digitalen Transformation eröffnen und digitale Teilhabe ermöglichen.

Insbesondere die Nähe zu Berlin bietet der brandenburgischen Wirtschaft große Chancen. So kann sich Brandenburg als Alternative zur überfüllten Metropole positionieren. Brandenburg wird zum attraktiven Standort für Startups und etablierte Unternehmen und lockt mit seinem Motto »Laptop am See« Großstädter in neu entstehende kreative Arbeitsorte.

Mit der Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg hat das Land die Basis gelegt, um die Potentiale, die durch die Digitalisierung entstehen, zu nutzen und ein Ökosystem für weitere Innovations- und Technologieentwicklung zu schaffen. Von der Gründung einer Digitalagentur über die Gigabit-Infrastruktur bis zur Verwaltungs-Digitalisierung und der Nutzung einer brandenburgischen Schul-Cloud hat sich das Land Brandenburg viele Ziele gesteckt. Die angestrebten Ziele zügig zu erreichen und an neue Gegebenheiten anzupassen ist die zentrale Herausforderung der kommenden Legislaturperiode. Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen dabei unterstützen.

## 1. Digitale Transformation der Wirtschaft

Mit der Digitalisierung transformieren sich die Leitindustrien in Deutschland und Brandenburg. Dabei werden nicht nur Prozesse digitalisiert, sondern auch die Geschäftsmodelle selbst werden von der Digitalisierung verändert. Digitalisierte Prozesse – das Kerngeschäft der IT-Branche – bieten dabei ein hohes Potential für die Unternehmen. Sie steigern Effizienz, Margen und Produktivität, senken die Kosten und verbessern die Leistungsfähigkeit. Durch neue Technologien wie KI und Blockchain werden digitale Wertschöpfungsketten geschaffen. Aber auch bestehende Produkte und Dienste müssen weiterentwickelt werden. Global Player sind daher ebenso wie Mittelständler dazu aufgerufen, ihren Erfahrungsschatz mit neusten Technologien zu kombinieren. Hierfür ist es unabdingbar, in horizontalen Netzwerken mit Startups, Wissenschaft und Forschern zu kooperieren und in digitalen Ökosystemen disruptive Innovationen hervorzubringen.

Für Brandenburg ergibt sich in diesem Umfeld ein großes Potenzial. Wer sich früh mit der Digitalisierung beschäftigt und neue Geschäftsmodelle entwickelt, kann in neue Branchen vordringen,

neue Geschäftsfelder erschließen und Arbeitsplätze schaffen. Dass immer mehr Unternehmen die Bedeutung der Digitalisierung erkennen und entsprechende Maßnahmen ergreifen, ist ein gutes Zeichen – doch sind sie auf die passende Rahmensetzung durch die brandenburgische Politik angewiesen. Ziel aller wirtschaftspolitischen Bemühungen muss es daher sein, die Unternehmen in Brandenburg bei ihrer digitalen Transformation zu unterstützen und so den Wirtschaftsstandort Brandenburg langfristig zu stärken.

### Politische Handlungsvorschläge:

- **Alle Politikfelder auf die Digitalisierung ausrichten:** Daten- und Verbraucherschutz oder Telekommunikations- und Medienrecht sowie die bildungspolitischen Vorgaben und Mittel müssen dem Wandel angepasst werden. Brandenburg sollte auch im Bundesrat seinen Einfluss in diesem Sinne nutzen.
- **Innovationshemmende Gesetze überprüfen:** Einige Gesetze aus vor-digitalen Zeiten berücksichtigen nicht die Chancen der digitalen Welt und verhindern digitale Innovationen. Sie reduzieren Anreize für digitale Geschäftsmodelle oder sind für innovative Unternehmen zuweilen ein Grund, um Standortentscheidungen zu Ungunsten von Brandenburg zu treffen. Das Land Brandenburg sollte daher im Dialog mit der Digitalwirtschaft veraltete Gesetze hinsichtlich ihrer Innovationstauglichkeit überprüfen.
- **Aktiven Beitrag zur Aufklärung und Sensibilisierung der Anwenderbranchen leisten:** Die Politik muss hier einen aktiven Part übernehmen, z. B. mit innovationsunterstützenden Beratungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) oder der Vermittlung von Kooperationen zwischen Startups, Mittelständlern und Global Playern durch staatlich geförderte Projekte.
- **Forschungsschwerpunkte setzen:** Themen und Technologien, die weitere Innovationen versprechen und damit ein besonders hohes Marktpotenzial haben, sollten im Fokus der Forschungsförderung stehen, derzeit etwa Künstliche Intelligenz, Kommunikations- und Netzwerktechnologie, Cybersicherheit, Digitale Plattformen sowie Nano- und Mikroelektronik.

## 2. Gründungsstandort Brandenburg

Innovationen sind ein wichtiger Faktor für die Volkswirtschaft und den Wettbewerb. Startups bilden in der heutigen Zeit den Motor für innovative Ideen und Geschäftsmodelle. Die wertvollsten Unternehmen unserer Zeit sind aber allesamt Startups aus dem Silicon Valley oder Asien, die zu riesigen Konzernen angewachsen sind und den Wert von hiesigen, alteingesessenen Unternehmen in den Schatten stellen. Um international mithalten zu können, müssen die Rahmenbedingungen für die Gründung eines Unternehmens und dessen späteres Wachstum in Brandenburg und Deutschland weiter optimiert werden. Brandenburg hat mit neu entstehenden kreativen Arbeitsorten und verschiedenen Gründer-Stipendien ein großes Potenzial zur Ansied-

lung und Gründung von Startups, auch aus dem nahen Berlin, geschaffen. Es muss nun darum gehen, ein Startup-freundliches Ökosystem zu gestalten, damit sich noch mehr Startups in Brandenburg ansiedeln und diejenigen, die schon dort sind, in Brandenburg bleiben und erfolgreich wachsen können.

### Politische Handlungsvorschläge:

- **Bürokratie auf ein Minimum beschränken:** Verwaltungsaufgaben und gesetzliche Auflagen sollten bei Startups für vier Jahre auf ein unverzichtbares Minimum begrenzt werden, sodass alle Ressourcen zur Entwicklung des Produktes und Erschließung des Marktes zur Verfügung stehen. In den ersten vier Jahren sollte auf alle nicht zwingend notwendigen Gebühren und Zwangsmitgliedschaften verzichtet werden (IHK, GEZ, etc.).
- **Mehr Risikobereitschaft in der öffentlichen Vergabe schaffen:** Die Auftragsvergabe an junge und innovative Startups kann ein wichtiger Hebel sein, um die Digitalisierung der Verwaltung zu beschleunigen. Daher sollten Eignungsanforderungen von öffentlichen Aufträgen weg von einer vollständigen Risikoeliminierung hin zu einem angemessenen Risikomanagement und einer Wertschätzung technologischer Innovationen geführt werden. Vergabekriterien, die Startups die Teilnahme am Vergabeverfahren erschweren oder gar verhindern (bspw. mehrere Jahresabschlüsse, Referenzen oder Mindestumsätze), sollten überarbeitet werden.
- **Mehr digitale Talente fördern:** Um dem Fachkräftemangel in der Digitalwirtschaft zu begegnen, muss Informatik und Unternehmertum Teil der schulischen Bildung werden. Es muss noch leichter, unbürokratischer und vor allem schneller werden, digitale Talente aus dem Ausland zu rekrutieren und einzustellen. Zudem müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Gründung und Familie in Einklang bringen lassen.
- **Transfer zwischen Wissenschaft und Startups stärken:** Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen dürfen keine Ausnahmen bleiben, sondern müssen zum Motor der Wirtschaft von morgen werden. Dafür sollte es an Hochschulen ein verpflichtendes Angebot eines Moduls »Entrepreneurship« geben. In der Lehre und Gründungsberatung sollten dabei insbesondere Experten aus der Praxis eingesetzt werden. Auch Urlaubssemester für Gründungsvorhaben sollten flächendeckend eingeführt werden. Kooperationen zwischen hochschulischen Gründungszentren und privaten Partnern aus der Wirtschaft, sollten finanziell und personell gefördert und hochschuleigene Acceleratorprogramme und Hochschulfonds öffentlich bezuschusst werden.
- **Förderprogramme stärken und weiter ausbauen:** Förderprogramme für Startups, wie bspw. Gründung innovativ oder der Frühphasen- und Wachstumsfonds, sind sinnvolle Programme zur Gründungsförderung und sollten unbedingt beibehalten und weiter ausgebaut werden. Bei der Vergabe der Förderungen ist darauf zu achten, dass auch komplizierte Geschäftsmodelle mit neuen innovativen Technologien fachgerecht bewertet werden – hier sollten Experten verstärkt miteinbezogen werden. Die Beantragung und Abrechnung von Förderprogram-

men muss dabei einfach, unbürokratisch und schnell ablaufen. Zudem sollten Fördergelder als Vorschuss und nicht rückwirkend ausgezahlt werden, um Startups nicht unnötig in Liquiditätsgpässe zu bringen.

### 3. Gigabitgesellschaft vorantreiben

Deutschland und Brandenburg stehen vor der Aufgabe, eine im weltweiten Maßstab wettbewerbsfähige digitale Infrastruktur zu schaffen. Dies ist Voraussetzung für zukünftige Wachstumschancen in einer zunehmend vernetzten und digitalen Wirtschaft. Insbesondere in Brandenburg als Flächenland wird die Breitbandversorgung zu einem unerlässlichen Bestandteil um die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen sowohl in städtischen, wie auch weniger dicht besiedelten Gebieten zu garantieren. Die Digitalisierung schafft vielfältige Potenziale wie vernetzte Verkehrslösungen, intelligente Stromnetze, Telemedizin und digitale Verwaltung. Diese Angebote können aber nur mit entsprechenden Telekommunikationsinfrastrukturen und intelligenten Netzen realisiert werden. Sie müssen bedarfsgerecht Datenübertragungsraten auch bis in den Gigabitbereich ermöglichen. Die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs erfordert die flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Infrastrukturen bis 2025, wie auch in der Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg festgeschrieben. In den konvergenten Netzen von Mobilfunk und Festnetz sind dies Netze der 5. Generation (5G) sowie glasfaserbasierte Netze.

Das Land Brandenburg hat mit der in 2018 geschlossenen Mobilfunkvereinbarung gemeinsam mit den drei Mobilfunkanbietern erste Schritte ergriffen, um die Mobilfunkversorgung auch in weniger stark besiedelten Räumen zu realisieren. Die weitere Umsetzung der Zukunftsstrategie muss Investitionsanreize für den Ausbau von Gigabitnetzen setzen und auf die Sicherung eines fairen Wettbewerbs gerichtet sein.

In Brandenburg verfügten Ende 2018 82,5% der Haushalte über einen Internetanschluss mit mindestens 50 Mbit/s<sup>1</sup>. Gegenüber früheren Untersuchungen hat es hier bereits einen deutlichen Zuwachs gegeben, vor allem im ländlichen Raum. Die flächendeckende Versorgung mit 50 Mbit/s kann jedoch nur ein Zwischenziel auf dem Weg in die Gigabitgesellschaft sein. Angesichts der steigenden Nachfrage nach höheren Download- und Upload-Raten muss zur Vermeidung einer digitalen Spaltung des Landes das Ziel eines wirklich flächendeckenden Breitbandangebotes erreicht werden.

#### Politische Handlungsvorschläge:

- **Maximales privatwirtschaftliches Engagement generieren:** Es muss so viel privatwirtschaftliches Engagement wie möglich generiert und incentiviert werden, sowie eine Entwertung bereits getätigter Investitionen verhindert werden.

1 atene KOM (2018): [Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland](#).

- **Verfahren für den Bau von Telekommunikationsinfrastrukturen vereinfachen:** Schnellerer Glasfaser- und Mobilfunk-Ausbau braucht einfachere, standardisierte Antrags- und Genehmigungsverfahren. Ziel muss u.a. die vollständige Digitalisierung aller wegerechtlichen Genehmigungsprozesse für Fest- und Mobilnetze sein. Zudem sollte das Potenzial alternativer Verlegetechniken, einschließlich einer größeren Akzeptanz oberirdischer Kabelverlegung, deutlich stärker ausgeschöpft werden.<sup>2</sup> Der 5G-Rollout wird eine Vielzahl neuer Mobilfunkstandorte erfordern, für welche einfache und schnelle Genehmigungsverfahren erforderlich sind. So können Kostensenkungs- und Beschleunigungspotentiale beim Glasfaserausbau gehoben werden. Es müssen Initiativen ergriffen werden, die die Verfahren für den Bau von Telekommunikationsinfrastrukturen vereinfachen oder langwierige Planungen beschleunigen und Baukosten reduzieren, z. B. durch zügige Bearbeitung der Zustimmungsanträge der Netzbetreiber, und durch und Mitnutzung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur.
- **Öffentliche Fördermittel für ländlichen Raum bereitstellen:** Die staatliche finanzielle Förderung des Netzausbaus muss weiterhin das letzte Mittel bleiben und darf den eigenfinanzierten Ausbau der Unternehmen nicht verdrängen, verzerren oder gar entwerten. Um flächendeckend schnelle Internetverbindungen im ländlichen Raum sicherzustellen, ist die öffentliche Hand aber dort gefragt, wo ein wirtschaftlicher Ausbau perspektivisch nicht machbar ist.
- **Komplementärtechnologien miteinbeziehen:** Für Haushalte in Einzellagen, in denen der Glasfaserausbau mit unverhältnismäßig hohen Kosten einhergeht, müssen komplementäre Technologien (z.B. Breitbandinternet via Satellit, Richtfunk oder Mobilfunk) zur Versorgung miteinbezogen werden.

## 4. Digitale Bildung

Derzeit sind in Brandenburg in rund 1.800 Unternehmen mehr als 12.000 ITK-Fachkräfte beschäftigt<sup>3</sup>. Damit die ITK-Branche auch in Zukunft weiter wachsen kann, werden deutlich mehr Digital-Experten gebraucht. Dazu müssen die Schulen endlich ins digitale Zeitalter geführt, junge Menschen für die Berufe der Zukunft begeistert, Anreize für digitale Weiterbildung gesetzt und die Zuwanderung ausländischer IT-Spezialisten erleichtert werden. Und auch in weiteren Branchen werden die digitalen Kenntnisse der Mitarbeiter zur Schlüsselkompetenz. So sagen 18% der Unternehmen, dass Digitalkompetenz die wichtigste Fähigkeit von Arbeitnehmern sein wird.<sup>4</sup> Die Menschen müssen daher auf die digitalisierte Welt vorbereitet werden. Dies geschieht von Beginn an durch digitale Bildung in den Schulen und zieht sich weiter durch entsprechende akademische und berufliche Ausbildung sowie lebensbegleitende formelle und informelle Weiterbildungsangebote. Der Erfolg, der aus Investitionen in die digitale Bildung resultiert, dient

<sup>2</sup> Siehe hierzu auch [»Glasfaserausbau in Deutschland: Beschleunigungspotenziale auf kommunaler Ebene«](#), sowie [»Verlegetechniken für den Breitbandausbau«](#).

<sup>3</sup> Wirtschaftsförderung Brandenburg (2018): [»Standort Brandenburg«](#).

<sup>4</sup> Bitkom (2018): [»Weiterbildung für die digitale Arbeitswelt«](#).



dabei der gesamten Gesellschaft: Dem Einzelnen hinsichtlich langfristiger Beschäftigungsfähigkeit mit vielfältigen Entwicklungs- und Karrierechancen und gleichermaßen der Wirtschaft mit Blick auf Standortqualität, Leistungs- und Innovationsfähigkeit. Digitale Bildung muss als Querschnittsthema begriffen werden, um eine digitale Spaltung – im beruflichen wie im privaten Bereich – langfristig zu verhindern. Das Land Brandenburg hat diesen Handlungsbedarf erkannt und präsentiert mit der Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg bereits vielversprechende Maßnahmen von der fächerübergreifenden Integration von Medienbildung in den Unterricht bis zu erweiterten Aus- und Fortbildungsangeboten in der Medienbildung für Lehrkräfte. Das brandenburgische Engagement wird durch den Digitalpakt Schule flankiert, der Geld für die technische Ausrüstung von Schulen bereitstellt. Dieser muss nun zügig in die Umsetzung gehen, um den Schülerinnen und Schülern in Brandenburg das nötige Rüstzeug für die digitale Lebens- und Arbeitswelt mitzugeben.

### Politische Handlungsvorschläge:

- **Keine Zeit bei der Umsetzung des Digitalpakts verlieren:** Jede Schule in Brandenburg sollte bis Ende 2020 von Digitalpaktmitteln profitiert haben. Die Verhandlungen zum Digitalpakt haben länger gedauert als erwartet. Daher ist zu begrüßen, dass Brandenburg nun die Förderrichtlinie zur Umsetzung des Digitalpakts veröffentlicht hat.
- **Grundgesetzänderung nutzen und Digitalpakt neu auflegen:** Aufbauend auf den Verhandlungen zum Digitalpakt müssen bereits jetzt Gespräche über die Verstetigung der Finanzierung aufgenommen werden. Denn Digitalisierung an Schulen ist eine Daueraufgabe und sollte über die erste Investitionsförderung für Infrastruktur, Technik und Endgeräte hinausgehen. Länder und Kommunen benötigen deswegen dauerhaft finanzielle Unterstützung des Bundes. Brandenburg sollte sich im Bundesrat entsprechend positionieren.
- **Zentrale Ansprechpartner auf Landesebene definieren:** Die Schulen und Schulträger brauchen konkrete Unterstützung durch Ansprechpartner auf Landesebene. Dazu sollten schnellstmöglich zentrale Anlauf- und Beratungsstellen geschaffen werden, die den Schulen und den Schulträgern Hilfe bei der Antragsstellung leisten. Hier gilt es die Schulen und die Schulträger bei der Entwicklung von Medienkonzepten und Medienentwicklungsplänen gezielt zu unterstützen, denn diese sind Voraussetzung für die Ausschüttung der Gelder des Digitalpakts.
- **Curricula und Lehrpläne anpassen:** Der Erwerb von digitaler Kompetenz muss durch die fächerübergreifende curriculare Verankerung digitaler Bildungsinhalte und digitaler Technologien gewährleistet werden. Die Bildungspläne wie auch die Ausbildungs- und Studienordnungen müssen für die Digitalisierung fit gemacht werden.

- **Digitale Infrastruktur bereitstellen:** Etwa ein Drittel der Schulen in Brandenburg verfügt über kein schnelles Internet.<sup>5</sup> Um die Potenziale digitaler Medien nutzbar zu machen, muss an allen Bildungseinrichtungen eine intelligente Infrastruktur geschaffen werden. Dafür müssen der flächendeckende Breitbandausbau und die mobile Netzabdeckung weiter vorangetrieben werden. In allen Bildungsbereichen, in denen Lernmittel staatlich finanziert werden, müssen Lernende und Lehrende mit mobilen Endgeräten ausgestattet werden. Auch Cloud-Dienste für digitalisierte Bildungsinhalte und individualisierte Lernanwendungen müssen vorhanden sein. Die Pflege und Wartung der digitalen Infrastruktur und Ausstattung darf nicht länger vom ehrenamtlichen Engagement einzelner Lehrkräfte abhängen, sondern muss professionell organisiert werden.
- **Lehrpersonal für Digitalisierung fit machen:** Die Entwicklung digitaler Kompetenz sowie didaktisch-methodischer Fähigkeiten müssen verbindlicher Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Lehrpersonals an Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen sein.
- **Berufliche Bildung weiterentwickeln:** Die berufliche Bildung muss mit Blick auf immer neue Berufsanforderungen kontinuierlich weiterentwickelt und dynamisiert werden, um die Attraktivität und Relevanz der veränderten Berufswelt (z.B. App-Economy) zu verdeutlichen. Neben Medien- und IT-Kompetenz müssen dafür auch Methoden- und Problemlösekompetenz stärker gefördert werden.
- **Digitale Weiterbildungsangebote schaffen:** Es müssen flexiblere und individuellere Wege digitaler Weiterbildung geschaffen werden. Dabei muss auch die Übersichtlichkeit und Qualität von Weiterbildungsangeboten kontinuierlich verbessert und vorausschauend an die sich stetig wechselnden Anforderungen angepasst werden.

## 5. Arbeitswelt der Zukunft gestalten

Die Arbeitswelt befindet sich derzeit in einem tiefgreifenden Wandel. Neue Prozesse und Technologien verändern nicht nur unsere Wirtschaft, sondern auch die Art und Weise, wie wir heute und in Zukunft arbeiten. Sie führen zu einem höheren Produktivitätswachstum, besseren Dienstleistungen und können das Wohlbefinden fördern. Sie ermöglichen neue Geschäftsmodelle und innovative Arbeitsweisen, die sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern mehr Flexibilität bieten. Sie verändern aber auch Arbeitsformen, Arbeitsinhalte und Berufsbilder. Mit den Arbeitsinhalten verändern sich auch die Anforderungen an Arbeitnehmer. Dafür sind Maßnahmen zu ergreifen, die den vielfältigen Herausforderungen, bedingt durch den digitalen, kulturellen oder demografischen Wandel, Rechnung tragen. Relevante Handlungsfelder liegen vor allem in den Bereichen allgemeine Bildung und Weiterbildung, Fachkräftesicherung und Arbeitsrecht, einschließlich Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei muss

---

5 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/113/1911357.pdf> (24.07.2019).

folgendes bedacht werden: Die Weichen, die wir heute stellen, werden maßgeblich über die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit nicht nur des Standorts Brandenburg, sondern des Standorts Deutschland insgesamt entscheiden.

Das Land Brandenburg hat in seiner Zukunftsstrategie die notwendigen Handlungsfelder im Bereich Arbeit 4.0 aufgezeigt und macht mit der Förderung betrieblicher Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich Digitales und der Etablierung eines regionalen Zukunftszentrums erste Schritte in die richtige Richtung eines modernen und innovativen Arbeitsumfeldes. Es müssen aber weitere Schritte von Seiten der Landesregierung angegangen werden.

### Politische Handlungsvorschläge:

- **Zeit- und ortsflexibles Arbeiten ermöglichen:** Erwerbstätige möchten zunehmend selbstbestimmt und flexibel arbeiten. Eigenverantwortliches und zielorientiertes Arbeiten löst das Arbeiten nach Stechuhr und mit Kernarbeitszeiten ab. Bei den Arbeitnehmern besteht der Wunsch nach mehr Arbeitszeitsouveränität. Neue Technologien ermöglichen es den Mitarbeitern zu arbeiten, wann und wo sie wollen. Durch entsprechende neue Arbeitsmodelle lassen sich familiäre, private und berufliche Belange wesentlich besser miteinander vereinbaren. Es besteht daher ein akuter Bedarf, das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) und ebenso die rechtlichen Rahmenbedingungen zu flexibilisieren. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der Entscheidung des EuGH vom 14. Mai 2019 (C-55/18). Das Land Brandenburg sollte sich im Bundesrat entsprechend positionieren.
- **Qualifizierungsoffensive fördern:** Mit den Arbeitsinhalten verändern sich auch die Anforderungen an Arbeitnehmer. Zukünftig wird auf dem Arbeitsmarkt nur derjenige bestehen, der über digitale Kompetenzen verfügt und mit den rasanten technologischen Entwicklungen Schritt halten kann. Im digitalen Zeitalter spielt Weiterbildung daher eine große Rolle. Das Prinzip des lebenslangen Lernens gilt in einer digitalisierten Welt mehr denn je.
- **Fachkräftemangel begegnen:** Derzeit fehlen der deutschen Wirtschaft rund 82.000 IT-Spezialisten. Die digitale Transformation praktisch aller Branchen wird dazu führen, dass die Nachfrage weiter steigen wird. Um dem entgegenzuwirken, müssen die Potenziale im Land besser ausgeschöpft und entsprechende Studiengänge gestärkt werden.
- **Willkommenskultur für Fachkräfte schaffen:** Der demographische Wandel wird dazu führen, dass sich der Fachkräftemangel verschärft. Alleine das europäische Fachkräftepotenzial wird den Mangel nicht decken können. Ein erfolgreiches Einwanderungsgesetz darf daher keine zu großen Hindernisse bereiten. Bürokratische Hürden sollten weiter abgebaut werden, Behörden sollten englischsprachige Formulare und Sprechzeiten anbieten.

## 6. Potentiale der Digitalisierung vor Ort nutzen

Die Digitalisierung umfasst alle Bereiche des Lebens und der Daseinsvorsorge in den rund 410 brandenburgischen Kommunen. Sie stehen vor der Herausforderung einer strategischen Stadt- und Regionalentwicklung auf Basis digitaler Infrastrukturen und Anwendungen. Gerade in dünner besiedelten Regionen bietet die Digitalisierung besondere Chancen: Intelligent vernetzte Städte und Regionen – Smart Cities und Smart Regions – können Teilhabe und Lebensqualität für ihre Bürger erhöhen, zu mehr Nachhaltigkeit beitragen und die Standortattraktivität steigern. Neue digitale Angebote, Vernetzung durch kommunale Daten- und IoT-Plattformen sowie erhöhte Teilhabe der Akteure vor Ort können einen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten und somit zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen.

Das Land Brandenburg setzt sich mit seiner Zukunftsstrategie dafür ein, sich die Kraft der Digitalisierung zu Nutze zu machen und sein Potenzial zu stärken. Mit der Gründung der DigitalAgentur Brandenburg wird für Kommunen ein Ansprechpartner für Fragen zur Planung und Umsetzung von Digitalisierungsprojekten geschaffen. Mit dem Probetrieb eines autonomen Nahverkehrs im Landkreis Ostprignitz-Ruppin oder der Digitalisierungspauschale für Krankenhäuser fördert Brandenburg zudem bereits vielversprechende Einzelmaßnahmen. Um die Chancen der digitalen Transformation aber im gesamten öffentlichen Sektor und in den zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge wie Verwaltung, Energie, Mobilität, Gesundheit, Sicherheit, Versorgung der Bevölkerung in strukturschwachen Regionen mit Waren des täglichen Bedarfs sowie für Bildung wahrzunehmen, benötigen die Kommunen den regulatorischen und finanziellen Freiraum sowie weitere Unterstützung durch das Land.

### Politische Handlungsvorschläge:

- **Innovationsräume und Modellregionen konsequent und flächendeckend fördern:** Es bedarf bei aller Individualität der örtlichen Gegebenheiten einer umfangreichen Förderung skalierbarer Lösungen für Digitale Städte und Regionen. Kommunale Reallabore müssen unterstützt, bisherige Programme weiterentwickelt und finanziell aufgestockt werden.
- **Flächendeckende Initialzündung durch Förderung kommunaler Digitalstrategien:** Neben Leuchtturmprojekten können niedrigschwellige Unterstützungsangebote das Potenzial lokaler Akteure in vielen, auch kleineren Kommunen heben. Der erste Schritt ist die Erstellung von Digitalstrategien, die durch breit angelegte Fördermaßnahmen unterstützt werden sollte.
- **Zusammenarbeit vor Ort stärken:** Ein professionelles Prozess- und Verfahrensmanagement zwischen den Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ist entscheidend für den Erfolg Digitaler Städte und Regionen. Neue Kooperationsformen und Konsultationsmechanismen müssen anstelle hierarchischer Strukturen treten und ausgebaut werden.



- **Alleingänge vermeiden:** Kompetenzaufbau auf Landesebene ist wünschenswert, jedoch sollten ein regulatorischer Flickenteppich und unnötige Doppelstrukturen vermieden werden, etwa mit Blick auf die Umsetzung europäischer Datenschutzregeln.
- **Rechtlich-regulatorische Rahmenbedingungen schneller anpassen und neue digitale Geschäftsmodelle ermöglichen:** Der bestehende Rechtsrahmen aus vordigitalen Zeiten muss zügiger auf Zweckhaftigkeit und bremsende Nebeneffekte für innovative Geschäftsmodelle geprüft und angepasst werden. Alle Veränderungen müssen dabei den Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der Kommunen Rechnung tragen und der Verbesserung der Lebens- und Standortqualität vor Ort dienen. Hierbei ist auch darauf zu achten, dass bestimmte Lösungen, bspw. im Bereich Mobilität, kommunenübergreifend umgesetzt werden können.
- **Interoperabilität ermöglichen:** Bei Mobilitätsplattformen, Gesundheitsdatenzentren und anderen übergreifenden Plattform- und Datenbankinitiativen müssen technische und semantische Interoperabilität frühzeitig mitgedacht werden. Ziel sollten einheitliche Rahmenbedingungen sein, die Interoperabilität in den jeweiligen Sektoren gewährleisten und einen Wettbewerb unter Anbietern zulassen, sodass Innovationen gefördert werden.

## 7. Verwaltung digitalisieren

Die staatliche Verwaltung nimmt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der digitalen Transformation in Brandenburg und ganz Deutschland ein. Eine erfolgreiche digitale Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft, insbesondere in den Bereichen Industrie 4.0, Digitale Bildung und Zukunft der Arbeit, bauen auf einer reibungslosen Zusammenarbeit mit dem Staat auf. Bürger sowie Unternehmen sind auf einen gut funktionierenden und schnell agierenden digitalen Staat angewiesen. Im Alltag nutzen viele Bürger und Unternehmen digitale Technologien in einem hohen Maße und schätzen die damit verbundenen nutzerorientierten Interaktionsmöglichkeiten. Im Kontakt mit der Verwaltung stoßen sie jedoch häufig auf Leistungsangebote, die nicht medienbruchfrei und homogen sind und die oft noch mit papierbasierten Formularen und Anträgen einhergehen. Die staatliche Verwaltung hinkt der digitalen Realität vieler Bürger und Unternehmen hinterher.

Wir begrüßen daher das neue brandenburgische E-Government-Gesetz (BbgEGovG), das auf Landesebene eine Grundlage für die elektronische Abwicklung von Verwaltungsprozessen schaffen soll. Allerdings sollte der Erfolg des elektronischen Zugangs nicht an dessen Zurverfügungstellung gemessen werden. Maßgeblich ist die tatsächliche Benutzung durch Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.

Aber nicht nur die Serviceangebote gegenüber Bürgern und Unternehmen müssen an die digitale Welt angepasst werden. Es braucht auch eine interne Verwaltungsmodernisierung. Hier muss das Land Brandenburg seinen Kommunen unterstützend zur Seite stehen. Die geplante Einrichtung eines IT-Rates, in dem das Land und die Kommunen gleichermaßen vertreten sind und der die Verwaltungsmodernisierung vorantreiben soll, ist dafür ein wichtiger erster Schritt.

## Politische Handlungsvorschläge:

- **Zugang zu Verwaltungsleistungen digitalisieren:** Ziel der kommenden Jahre muss eine flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung (insbesondere auf der föderalen und kommunalen Ebene) sein. Die verschiedenen Portale der deutschen Verwaltungen müssen gemäß den Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes miteinander verknüpft werden, so dass Bürger und Unternehmen über ein einheitliches Servicekonto alle Leistungen der Verwaltung vorfinden können. Die Angebote des Zentralen IT-Dienstleisters des Landes Brandenburg sind dabei an Lebens- und Geschäftslagen zu orientieren. Die Bezahlung von Verwaltungsleistungen sollte dabei mitgedacht und moderne Bezahlverfahren, etwa per Smartphone, in die Verwaltungsabläufe integriert werden.
- **Once-Only-Prinzip verankern:** Die Verwaltung muss in die Lage versetzt werden, ihre Verfahren nach dem Once-Only-Prinzip zu modernisieren. Bestehende Register sollten für einen besseren Informationsaustausch vernetzt werden.
- **Register modernisieren:** Wichtigste Voraussetzung für »Once-Only« ist die Registermodernisierung. Ein Hauptziel der Registermodernisierung ist der vereinfachte Austausch von häufig genutzten Basisinformationen sowie die Möglichkeit der eindeutigen Identifikation über mehrere Register hinweg.
- **Schriftformerfordernisse abbauen:** Verwaltungsdienste sind nutzerorientiert anhand von Lebenslagen zu digitalisieren. Auf Schriftformerfordernisse und Anordnungen des persönlichen Erscheinens ist noch mehr als bisher zu verzichten.
- **Verwaltungskultur von innen verändern:** Die digitale Transformation der Verwaltung benötigt Mitarbeiter und Führungskräfte, die über entsprechende Kompetenzen verfügen und für Innovation brennen. Im Wettstreit um IT-Fachkräfte und andere hochqualifizierte Mitarbeiter konkurriert die Verwaltung mit Unternehmen. Modern ausgestattete Arbeitsplätze, Arbeitszeitmodelle und Führungskulturen sind dabei ebenso kritische Erfolgsfaktoren wie die Schaffung einer grundsätzlich innovationsorientierten Verwaltungskultur.

Bitkom vertritt mehr als 2.700 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 1.900 Direktmitglieder. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen 1.000 Mittelständler, mehr als 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.

**Bundesverband Informationswirtschaft,  
Telekommunikation und neue Medien e.V.**

Albrechtstraße 10  
10117 Berlin  
**T** 030 27576-0  
**F** 030 27576-400  
bitkom@bitkom.org  
[www.bitkom.org](http://www.bitkom.org)

**bitkom**